



Beschlüsse

des

Landestags 2018

des Junge Union Landesverbandes Oldenburg

vom

15./16. September 2018 in Garrel

Beschlüsse des Landestags 2018

01 (KV Oldenburg-Stadt)

„Der JU Landesverband Oldenburg stellt angesichts der Debatte um eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Union und Linkspartei auf Landesebene fest, dass die politischen Ziele beider Parteien in einem derartigen Widerspruch zueinander stehen, dass eine Zusammenarbeit über begrenzte, lokale und kommunale Grenzen hinaus nicht erstrebenswert und daher abzulehnen ist. Der JU Landesverband Oldenburg stellt daher eine Unvereinbarkeit einer Koalition von CDU und Linkspartei mit den Zielen und Werten christdemokratischer Politik fest und spricht sich klar und deutlich gegen etwaige Bestrebungen aus.“

02 (KV Ammerland)

„Wir lehnen den so genannten „Spurwechsel“, wie ihn aktuell der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Daniel Günther, fordert, entscheiden ab. Wir fordern die Bundesregierung daher dazu auf, das geplante Zuwanderungsgesetz so zu gestalten, dass ein dauerhafter legaler Aufenthalt im Bundesgebiet nur möglich ist, wenn zuvor das erforderliche Einreisevisum eingeholt wurde, oder eine Ausnahme hiervon nach den bereits bestehenden rechtlichen Bedingungen möglich ist.“

03 (KV Wesermarsch)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die Bundesregierung dazu auf, in Kooperation mit anderen EU-Staaten Löschflugzeuge zur Waldbrandbekämpfung zu beschaffen.“

04 (KV Wesermarsch)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, die Einrichtung von neuen Kita-Plätzen finanziell durch das Land zu fördern. Dabei sollte man sich an der Festbetragsfinanzierung der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den weiteren Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren“ orientieren.

Diese lautet wie folgt:

Die Zuwendungshöhe beträgt:

— 12 000 EUR für einen Platz in einer Tageseinrichtung, wenn zuwendungsfähige Ausgaben mindestens in Höhe von 13 000 EUR entstanden sind, und

— 4 000 EUR für einen Tagespflegeplatz, wenn zuwendungsfähige Ausgaben mindestens in Höhe von 4 300 EUR entstanden sind.“

05 (KV Oldenburg-Land)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert eine Unterrichtsversorgung von 103% an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen. Die

Beschlüsse des Landestags 2018

Oldenburger Landtagsabgeordneten werden dazu aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass weitere Stellen geschaffen werden. Zudem muss die Praxis der Lehrerentlassung vor den Ferien und der gleichzeitigen Wiedereinstellung zum neuen Schuljahr unbedingt von der aktuellen Landesregierung unter CDU-Druck gestoppt werden.“

06 (KV Oldenburg-Land)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die Oldenburger Landtagsabgeordneten auf, sich für eine deutliche und spürbare Verbesserung der personellen Ausstattung im Bereich der Wartung und Betreuung von IT-Geräten und Servern einzusetzen. Dafür soll das Land Niedersachsen für alle allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen ausreichend Stellen schaffen, da die Schulen diese Aufgaben mit der momentanen Ausstattung nicht mehr adäquat ausführen können.“

07 (KV Ammerland)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert das niedersächsische Kultusministerium dazu auf, die private Finanzwirtschaft als einen weiteren Punkt im Kerncurriculum der Schulen aufzunehmen.“

08 (KV Wesermarsch)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert einen dualen Ausbildungsweg für den Beruf des Schiffslotsen, um dem Mangel an Lotsen entgegenzuwirken.“

09 (KV Friesland)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland auf, sich auf Lösungen zu einigen die eine Vereinheitlichung der Bewerbungsverfahren und -voraussetzungen zu medizinischen Studiengängen an allen Universitäten Deutschlands vorsehen, insbesondere die Vereinheitlichung von Zulassungsprüfungen und der Anerkennung von medizinischen Ausbildungsberufen.“

10 (KV Friesland)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg möge beschließen, sich zukünftig für die Herabsetzung der Hürden für den Bezug von BAföG und speziell den Bezug von elternunabhängigem BAföG einzusetzen. Konkret fordern wir, dass die Erwerbstätigkeit in §11 Abs. 3 Satz 1 Nr.3 BAföG von fünf auf drei Jahre und in §11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 von drei auf zwei Jahre herabgesetzt wird.

Des Weiteren fordern wir, dass Änderungen bei der Anspruchsberechnung hinsichtlich der Berücksichtigung von betriebsnotwendigem Vermögen der Eltern oder Lebenspartner vorgenommen werden.“

Beschlüsse des Landestags 2018

11 (KV Cloppenburg)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die niedersächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten dazu auf, sich weiterhin für die Förderung von Kunstrasenplätzen in Niedersachsen einzusetzen, um den Bürgerinnen und Bürgern auch bei schlechten Witterungsverhältnissen die Möglichkeit zur Durchführung von Outdoor-Sportarten auf „Rasenflächen“ zu ermöglichen.“

12 (KV Friesland / KV Vechta)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion dazu auf, sich für die Ausweitung der Förderung von Blühstreifen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen einzusetzen. Konkret sollen Blühstreifen ebenfalls auf Grünlandflächen an nahegelegenen Forstflächen oder als Ergänzung zu Wallhecken gefördert werden. Gleichzeitig muss ein Bürokratieabbau stattfinden. So ist die Angabe der Förderfläche auf den Quadratmeter genau nicht zielführend. Zudem muss den Landwirten eine Überquerung des Blühstreifens zur Ernte gewährt bleiben, ohne Sanktionen befürchten zu müssen.“

13 (KV Friesland / KV Vechta)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion dazu auf, sich für die gezielte Bejagung der Saatkrähe (*Corvus frugilegus*) in Niedersachsen einzusetzen. Konkret soll eine Aufnahme der Tierart in das Niedersächsische Jagdgesetz in §5 (Nach Landesrecht dem Jagdrecht unterliegende Tierarten) erfolgen.“

14 (KV Wesermarsch)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die niedersächsische Landesregierung auf, den Wolf, dessen Bestand exponentiell wächst, aus Regionen, die von Weidehaltung sowie beweideten Deichen geprägt sind, zu verdrängen.“

15 (KV Friesland)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion dazu auf, die Meldefrist für neugeborene Jungtiere sowie die Frist der Ummeldung bei Verkauf von Nutztieren im Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HI-Tier) von derzeit 7 Tage auf mindestens 14 Tage zu verlängern.“

16 (KV Cloppenburg)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert eine Reform im Rahmen der Fahrausbildung der Führerscheinklasse BE (Anhänger) für Führerscheinbesitzer der Führerscheinklasse T (Traktorführerschein), insbesondere durch die Reduzierung der Pflichtfahrstunden und die schnellere Durchführung der anschließenden Fahrprüfung.“

Beschlüsse des Landestags 2018

17 (KV Friesland)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert das Bundesverkehrsministerium und den entsprechenden Minister Andreas Scheuer auf, den Bußgeldkatalog dahingehend zu verändern, dass der §2 Abs. 2 StVO konsequenter umgesetzt wird. Konkret fordern wir, dass in der Beschreibung der Ordnungswidrigkeit „Nicht möglichst weit rechts fahren, obwohl dies möglich gewesen wäre, mit Gefährdung“ die Wörter „mit Gefährdung“ entfernt werden. Gleichzeitig soll die Autobahnpolizei angewiesen werden dieses Verhalten vermehrt zu kontrollieren.

Um diesem Fehlverhalten präventiv entgegenzuwirken, fordern wir vom Bundesverkehrsministerium eine Kampagne zur Aufklärung vergleichbar mit der Kampagne zur Rettungsgasse.“

18 (KV Ammerland)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die landesweite Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Dazu möge die Landesregierung

1. § 6 NKAG dahingehend ändern, dass die Kommunen keine Straßenausbaubeiträge mehr erheben können und
2. gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden über Modelle zur Refinanzierung (z.B. im Rahmen der Neuordnung der Grundsteuer) verhandeln.“

19 (KV Wesermarsch)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die niedersächsische Landesregierung auf, dass auch Auszubildende die Möglichkeit haben sollen, ein vergünstigtes Bahn-Ticket für ganz Niedersachsen zu erwerben.“

20 (KV Wesermarsch)

„Der Junge Union Landesverband Oldenburg fordert die niedersächsische Landesregierung sowie die niedersächsischen Bundestagsabgeordneten dazu auf, die Traditionssegelschiffahrt und die sich daraus ergebene Segelschulschiffahrt stärker finanziell zu fördern und die gesetzlichen Bedingungen für den Betrieb zu erleichtern.“